

Schleswig-Holsteinischer Landtag

Stenographischer Dienst und Ausschussdienst

N i e d e r s c h r i f t

Umwelt- und Agrarausschuss

16. WP - 11. Sitzung

am Mittwoch, dem 23. November 2005, 16:20 Uhr
im Sitzungszimmer 383 des Landtages

Anwesende Abgeordnete

Klaus Klinckhamer (CDU)

Vorsitzender

Axel Bernstein (CDU)

Claus Ehlers (CDU)

Hartmut Hamerich (CDU)

Ursula Sassen (CDU)

i. V. von Herlich Marie Todsen-Reese

Dr. Henning Höppner (SPD)

Sandra Redmann (SPD)

Ulrike Rodust (SPD)

Karl-Martin Hentschel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Günther Hildebrand (FDP)

Weitere Abgeordnete

Lars Harms (SSW)

Fehlende Abgeordnete

Herlich Marie Todsen-Reese (CDU)

Konrad Nabel (SPD)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

Tagesordnung:	Seite
1. Bericht der Landesregierung zur geplanten Neuorientierung des Programms zur Ausweisung von Wasserschutzgebieten	5
Antrag des Abg. Günther Hildebrand (FDP) Umdruck 16/253	
2. Entwurf eines Waldgesetzes für das Land Schleswig-Holstein (Landeswaldgesetz - LWaldG)	7
Gesetzentwurf der Fraktion der FDP Drucksache 16/270	
3. Entwurf eines Ausführungsgesetzes zum EG-Gentechnik-Durchführungsgesetzes (AGEGGenTDG)	8
Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 16/251	
4. Entwurf eines Gesetzes zum Schutz der Berufsbezeichnungen „Staatlich geprüfte Lebensmittelchemikerin“ und „Staatlich geprüfter Lebensmittelchemiker“	9
Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 16/309	
5. Biotechnologie in der Landwirtschaft	10
Bericht der Landesregierung Drucksache 16/256	

- 6. Erste Erfahrungen in Schleswig-Holstein mit dem Emissionshandel (CO₂-Zertifikate) 11**
- Bericht der Landesregierung
Drucksache 16/257
- 7. Reform der europäischen Zuckermarktordnung 12**
- Mündlicher Bericht der Landesregierung
- 8. Ökologische Landwirtschaft 13**
- Antrag des Abg. Karl-Martin Hentschel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Umdruck 16/388
- 9. Nachbereitung der Informationsreise vom 7. November 2005 15**
- 10. Terminplanung für das erste Halbjahr 2006 17**
- Umdruck 16/293 (neu)
- 11. Verschiedenes 18**

Der Vorsitzende, Abg. Klinckhamer, eröffnet die Sitzung um 16:20 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

Bericht der Landesregierung zur geplanten Neuorientierung des Programms zur Ausweisung von Wasserschutzgebieten

Antrag des Abg. Günther Hildebrand (FDP)
Umdruck 16/253

hierzu: Umdruck 16/397

St Rabiüs trägt vor, Trinkwasserschutzgebiete würden nur noch dort ausgewiesen, wo konkrete Gefährdungen vorlägen und flächenhafte Maßnahmen nicht ausreichten, um die Trinkwasserversorgung langfristig zu sichern. Im Folgenden trägt er in groben Zügen den aus Umdruck 16/253 ersichtlichen Bericht vor.

Abg. Hildebrand fragt nach möglichen Gefährdungen durch Kontaminierung bei nicht ausgewiesenen Schutzgebieten.

Abg. Rodust geht auf die Stärkung der Beratungs- und Maschinenringe ein und möchte wissen, wie gewährleistet werde, dass der Rat angenommen werde. Außerdem fragt sie nach dem weiteren Verfahren.

St Rabiüs macht darauf aufmerksam, dass die Ausweisung von Wasserschutzgebieten eine Beschränkung des Eigentums bedeute. Diese sollte nur dann vorgenommen werden, wenn eine fachliche Begründung dafür vorliege.

Es könne grundsätzlich nicht ausgeschlossen werden, dass im Oberflächenbereich Kontaminationen stattfinden. Hier aber werde über Grundwasserleiter gesprochen, die weit unterhalb lägen. Eine Kontaminationsgefahr werde dort zurzeit nicht gesehen.

Die Beratung durch die Beratungs- und Maschinenringe werde derzeit gut angenommen. Hier sei auch zu beachten, dass die Landwirtschaft ein eigenes Interesse an der Beratung habe; durch gute Düngung könnten Kosten gespart werden. Die Beratung sei eine Ergänzung der

bestehenden Vorschriften. Auch die gute fachliche Praxis sei inzwischen cross-compliance-relevant.

Herr Wienhold, Projektleiter zur Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie, verweist auf die Vorgaben im Rahmen der Wasserrahmenrichtlinie. Er ergänzt, dass in Schleswig-Holstein erfolgreich mit der Beratung durch den Beratungs- und Maschinenring in Wasserschutzgebieten gearbeitet werde. Dieses Beratungsmodell solle auf das ganze Land ausgedehnt werden.

Bei dem neuen Konzept zur Ausweisung von Wasserschutzgebieten werde verstärkt darauf geachtet, wo ausreichend dicke Deckschichten vorhanden seien, sodass aus heutiger Sicht keine Gefährdung des Grundwasserversorgers zu besorgen sei. Dort, wo Beeinträchtigungen und nachweisbare Gefährdungen vorlägen, würden Wasserschutzgebiete ausgewiesen. Das bedeute nicht, dass nicht auch andere Flächen untersucht würden.

Der Ausschuss nimmt den Bericht der Landesregierung zur Kenntnis.

Punkt 2 der Tagesordnung:

Entwurf eines Waldgesetzes für das Land Schleswig-Holstein (Landeswaldgesetz - LWaldG)

Gesetzentwurf der Fraktion der FDP
Drucksache 16/270

(überwiesen am 29. September 2005 an den **Umwelt- und Agrarausschuss**
und den Innen- und Rechtsausschuss)

- Verfahrensfragen -

Nach kurzer Diskussion beschließt der Ausschuss mit den Stimmen von CDU und SPD gegen die Stimme des Vertreters der FDP bei Enthaltung des Vertreters von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, die Beratung des Gesetzentwurfs bis zur Vorlage des Gesetzentwurfs der Landesregierung zurückzustellen.

Punkt 3 der Tagesordnung:

Entwurf eines Ausführungsgesetzes zum EG-Gentechnik-Durchführungsgesetzes (AGEGGenTDG)

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 16/251

(überwiesen am 29. September 2005 an den **Umwelt- und Agrarausschuss**
und den Innen- und Rechtsausschuss)

Der Ausschuss empfiehlt dem Landtag mit den Stimmen von CDU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Enthaltung des Vertreters der Fraktion der FDP, den Gesetzentwurf mit der Maßgabe anzunehmen, dass in § 1 Abs. 1 Nr. 1 die Wörter „... (BGBI. I S. ...)“ durch die Wörter „1. September 2005 (BGBI. I S. 2618)“ ersetzt werden.

Punkt 4 der Tagesordnung:

Entwurf eines Gesetzes zum Schutz der Berufsbezeichnungen „Staatlich geprüfte Lebensmittelchemikerin“ und „Staatlich geprüfter Lebensmittelchemiker“

Gesetzesentwurf der Landesregierung
Drucksache 16/309

(überwiesen am 11. November 2005)

Der Ausschuss empfiehlt dem Landtag einstimmig die unveränderte Annahme des Gesetzesentwurfs.

Punkt 5 der Tagesordnung:

Biotechnologie in der Landwirtschaft

Bericht der Landesregierung
Drucksache 16/256

(überwiesen am 29. September 2005 zur abschließenden Beratung)

Der Ausschuss nimmt den Bericht der Landesregierung abschließend zur Kenntnis.

Punkt 6 der Tagesordnung:

**Erste Erfahrungen in Schleswig-Holstein mit dem Emissionshandel
(CO₂-Zertifikate)**

Bericht der Landesregierung
Drucksache 16/257

(überwiesen am 29. September 2005 an den **Umwelt- und Agrarausschuss**
und den Wirtschaftsausschuss)

Der Ausschuss empfiehlt dem Landtag einstimmig die Kenntnisnahme des Berichts.

Punkt 7 der Tagesordnung:

Reform der europäischen Zuckermarktordnung

Mündlicher Bericht der Landesregierung

(überwiesen am 11. November 2005 zur abschließenden Beratung)

Der Vorsitzende macht auf Meldungen aufmerksam, wonach Großbritannien gestern vorgeschlagen habe, die Reform der europäischen Zuckermarktordnung um zwei Jahre hinauszuschieben.

St Rabijs führt dazu aus, dass der Ministerrat gleichzeitig tage. Der neue Bundeslandwirtschaftsminister sei darauf vorbereitet, unter Umständen die bisherige deutsche Haltung zu modifizieren. Der britische Vorschlag beinhalte eine längere Übergangsfrist, die Absenkung der Preise sowie eine Verbesserung der Abstandszahlung. Dieser sei aus seiner Sicht ein Schritt in die richtige Richtung.

Der Ausschuss nimmt den Bericht der Landesregierung abschließend zur Kenntnis.

Punkt 8 der Tagesordnung:

Ökologische Landwirtschaft

Antrag des Abg. Karl-Martin Hentschel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Umdruck 16/388

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass der Antrag sehr kurzfristig eingereicht worden sei. Ferner macht er darauf aufmerksam, dass das Thema im Ausschuss bereits in der 4. Sitzung am 10. August 2005 sowie in der letzten Plenartagung beraten worden sei.

Abg. Hentschel begründet den vorliegenden Antrag damit, dass Schleswig-Holstein anders als andere Bundesländer verfare, was eine Benachteiligung der in Schleswig-Holstein wirtschaftenden Betriebe darstelle.

Auch St Rabiuss weist darauf hin, dass das Thema bereits im Ausschuss und im Landtag behandelt worden sei. Die Grund für den Förderungsstopp sei bekannt. Er sei nach wie vor existent, nämlich die Sorge, dass es einen starken Anstieg gebe und Unsicherheit wegen der Auswirkungen der ELER-Verordnung herrsche. Schleswig-Holstein stehe auch nicht isoliert da. Vergleichbar seien die Bundesländer Brandenburg, Baden-Württemberg, Hessen und Sachsen. Es gebe keinen bundeseinheitlichen Trend, der Schleswig-Holstein isoliere.

Ein Betrieb, der neue Flächen pachten oder kaufen wolle, könne dies selbstverständlich tun. Diese würden gegenwärtig allerdings nicht gefordert. Eine Übertragung der Förderung auf andere Flächen sei durchaus möglich.

Zu den in Umdruck 16/388 aufgeführten Fragen nimmt er wie folgt Stellung:

Zu 1: Das Grundsatzpapier des Bauernverbandes sei auch die Position der Landesregierung. Die Landesregierung teile allerdings nicht die Forderung nach einem eigenen regionalen Biosiegels.

Zu 2: Solange nicht bekannt sei, wie viele EU-Mittel nach Schleswig-Holstein flössen, könne die Landesregierung keine Zusicherung geben, dass es auch in Zukunft eine Beibehaltungsförderung geben werde. Angestrebt werde, bei der Förderung keine Einbrüche im Vergleich zu den übrigen Bundesländern zu haben, um Wettbewerbsverzerrungen zu verhindern.

Zu 3: Ziel der Landesregierung sei, ab 2007 wieder Ausweitungen und neue Kredite zu fördern. Diese Förderung sei dann aber abhängig von der Höhe der zur Verfügung stehenden Fördermittel. Das betreffe im Übrigen auch die konventionellen Betriebe.

Punkt 9 der Tagesordnung:

Nachbereitung der Informationsreise vom 7. November 2005

Der Vorsitzende berichtet, dass die Ausschussmitglieder beeindruckt gewesen seien von den Erkenntnissen, die sie bezüglich der Küstenschutzmaßnahme in Dänemark gewonnen hätten. Deshalb schlage er vor, dass die Landesregierung diese Maßnahme genauer prüfe und Gespräche führe beispielsweise mit dem Ziel, derartige Maßnahmen vor Sylt durchzuführen.

Das finanzielle Risiko für die Installation der Maßnahmen trage die Firma SIC. Diese lease die Pfähle. Die Kosten lägen erheblich unter denen, die derzeit für Küstenschutzmaßnahmen auf Sylt ergriffen würden. Auch vor diesem Hintergrund halte er es für sinnvoll, gemeinsam mit Vertretern der Firma SIC und dem dänischen Küstendirektorat in Gespräche darüber einzusteigen, ob diese Maßnahme für Schleswig-Holstein geeignet sein könnte.

Herr Wienhold bestätigt, dass die Maßnahme unter finanziellen Aspekten durchaus sinnvoll sein könnte. Bisher könne die Landesregierung jedoch keinerlei physikalische Begründung dafür erkennen, warum sie funktioniere. Allerdings sei man aufgeschlossen. Der Ausschuss habe auch zur Kenntnis genommen, dass die Verhältnisse an der dänischen Küste andere seien als vor Sylt. Außerdem müssten die Küstenschutzmaßnahmen auch auf der Insel selber akzeptiert werden. Gegenwärtig tendiere die Landesregierung dazu, zunächst die Ergebnisse des dänischen Versuchs abzuwarten.

Die Landesregierung sei jedoch gewillt, Gespräche zwischen den Verantwortlichen vor Ort und den dänischen Vertretern zu führen. Er biete an, dazu auch Vertreter des Ausschusses einzuladen.

Abg. Harms merkt an, dass es auch ein Projekt vor Skågen gebe, das bereits ausgewertet sei. Auch dieses könne in die Überlegungen einbezogen werden.

St Rabiuss macht abschließend folgenden Vorschlag: Die Landesregierung nimmt Kontakt mit den Vertretern der dänischen Behörden auf, um sich Informationsmaterial zu besorgen. Es wird ein Fachgespräch in Husum durchgeführt werden, zu dem auch ein Vertreter der Firma SIC, Herr Jacobsen, eingeladen wird. Der Ausschuss wird darüber informiert werden, sodass Ausschussmitglieder daran teilnehmen können. Anschließend wird dem Ausschuss über das

Ergebnis des Gespräches berichtet werden. - Der Ausschuss erklärt sich mit diesem Vorschlag einverstanden.

Punkt 10 der Tagesordnung:

Terminplanung für das erste Halbjahr 2006

Umdruck 16/293 (neu)

Der Ausschuss billigt die aus Umdruck 16/293 (neu) ersichtlichen Sitzungstermine für das erste Halbjahr 2006.

Punkt 11 der Tagesordnung:

Verschiedenes

Abg. Rodust bezieht sich auf aktuelle Radiomeldungen über Großhändler, die so genanntes Gammelfleisch aufkauften und verarbeiteten. Sie möchte wissen, ob es derartige Fälle auch in Schleswig-Holstein gebe.

St Rabijs führt aus, in Schleswig-Holstein gebe es mindestens eine Firma, die einen derartigen Handel durchführe. Das an sich sei nicht verboten. Entscheidend seien die Deklaration und der Versand des Fleisches. Es gebe den Verdacht, dass es Umdeklarationen gegeben habe und Fleisch mit falschen Etiketten weiterverkauft worden sei. Die schleswig-holsteinische Firma sei im Zusammenhang mit den Gesamtuntersuchungen aufgefallen. Die Staatsanwaltschaft sei informiert. Eine Hausdurchsuchung sei durchgeführt worden.

Abg. Hentschel geht auf die bestehende gesetzliche Lage ein, wonach Firmen oder Marken, die von Skandalen betroffen seien, nicht veröffentlicht werden dürften. Er bittet um Stellungnahme der Landesregierung dazu sowie zu der Frage, ob gegebenenfalls eine Bundesratsinitiative ergriffen werden sollte, wonach dies möglich werde.

St Rabijs antwortet, er nehme die Anregung mit, sehe aber derzeit nicht die Notwendigkeit zum Ergreifen einer Initiative durch die Landesregierung. Es handele sich nämlich hier zum Teil um reine Händler. Für wichtiger halte er, dass die Produkte genannt würden, die in den Endverbrauch gingen. Das sei bisher auch immer geschehen.

Der Vorsitzende, Abg. Klinckhamer, schließt die Sitzung um 17:30 Uhr.

gez. Klaus Klinckhamer
Vorsitzender

gez. Petra Tschanter
Geschäfts- und Protokollführerin